WP-5-853 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 853 bis 863:
~~Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer Demokratie und vielfältigen Gesellschaft mit öffentlichen und nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten und dabei einen klaren Fokus auf gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Wir gründen ein Forschungsnetzwerk, zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und Zusammenhängen von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Wir schaffen mehr Transparenz über die Arbeit des Verfassungsschutzes durch öffentliche Sitzungen des parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags. Zusätzlich richten wird die Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim Parlamentarischen Kontrollgremium ein, um das Gremium bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu unterstützen.~~

Der NSU-Skandal und viele weitere Vorfälle haben es mehr als deutlich gemacht: Der Verfassungsschutz erfüllt seine Aufgabe nicht. Statt sich vorrangig auf rechtsextreme und islamistische Bestrebungen zu konzentrieren und diese tatsächlich zu bekämpfen, stellt er friedliche, linke Aktivist*innen unter Beobachtung und finanziert durch die Beschäftigung von V-Leuten rechte Strukturen. Dabei entzieht sich seine Arbeit fast vollständig der parlamentarischen Kontrolle. Wir nehmen den Schutz der Verfassung in NRW ernst und werden die aktuell bestehende Behörde deshalb abschaffen. Sie wird durch ein rein wissenschaftlich arbeitendes Institut zum Schutz der Verfassung sowie durch ein Landesamt zur Gefahrenerkennung und Spionageabwehr ersetzt. Das Landesamt arbeitet ohne V-Leute und unter umfassender parlamentarischer Kontrolle.

Begründung

erfolgt mündlich